Die Wirtschaftspolitik Dänemarks

Autor(en): **Jacoby, H.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **30 (1938)**

Heft 7: **Skandinavien**

PDF erstellt am: **29.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-352905

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die Neuwahlen vom Jahre 1936 brachten der Arbeiterpartei einen Stimmenzuwachs von mehr als 100,000, allerdings bei stärkerer Wahlbeteiligung. Aber auch der prozentuale Anteil ist gestiegen, wie folgende Zusammenstellung ergibt:

	Zahl der Wähler 1936	Wähler in Prozent 1933	Wähler in Prozent 1936	Zahl der Vertreter 1933	Zahl der Vertreter 1936
Arbeiterpartei	617,456	40,1	42,5	69	70
Bauernpartei	157,132	13,9	10,8	23	18
Konservative	301,334	21,8	20,8	30	36
Liberale	236,030	17,6	16,3	24	23
Nationalsozialisten	26,406	2,2	1,8	0	0
Christliche Volkspartei	19,454	0,8	1,3	1	2
Sozialreformpartei	44,797	1,5	3,1	1	1
Kommunisten	4,376	1,8	0,3	0	0

Arbeiter- und Bauernpartei zusammen haben 53,3 Prozent der Wähler und 88 Vertreter im Parlament. Obwohl die norwegische Arbeiterpartei früher ziemlich weit links stand und eine Zeitlang mit den Kommunisten sympathisierte, hat sie sich nun auch auf den Weg der praktischen und soliden Reformarbeit begeben, der in Schweden und Dänemark wertvolle Ergebnisse gezeitigt hat.

Die Wirtschaftspolitik Dänemarks.

Von H. Jacoby.

Dänemark ist wohl dasjenige der skandinavischen Länder, das von der Natur am spärlichsten ausgestattet worden ist. Es hat weder Erz, Kohle noch Wasserkräfte und nur wenig Holz. Dafür besitzt es einen fruchtbaren Boden, eine glänzende Verkehrslage und ein organisationsbegabtes, elastisches Volk. Diese drei Momente genügen, um den dänischen Lebensstandard auf das höchste Niveau Europas zu heben. Im Gegensatz zu Schweden kann Dänemark naturgemäss keine isolierte, selbständige Wirtschaftspolitik betreiben. Da seine Landwirtschaft auf den Export angewiesen ist, ist Dänemark in seiner wirtschaftlichen Entwicklung abhängig von seinen Kunden. Diese Kunden sind in erster Linie England und Deutschland.

Die dänische Landwirtschaft ist eine typische Veredelungswirtschaft. Sie produziert wenig Korn und ist dafür auf die Schweine- und Butterproduktion spezialisiert. Die qualitativ und quantitativ glänzenden Ergebnisse sind ein Resultat der genossenschaftlichen Organisation. Diese Landwirtschaft, die einen Export von fast einer Milliarde Kronen aufweist (gegen nur etwa 50 Millionen der Schweiz), ist in ihrer Rohstoffversorgung nicht unabhängig vom Ausland. Es müssen jährlich für rund 150 Millionen Kronen Futtermittel und in schlechten Erntejahren auch viel Korn eingeführt werden.

Als die Krise Dänemark ergriff, war die Industrie im Rahmen der Gesamtwirtschaft fast bedeutungslos. Erst unter dem Schutze der Valutakontrolle entwickelte sie sich rasch. Der industrielle Export erreicht heute etwa 300 Millionen Kronen und ist für die dänische Beschäftigungslage von ausschlaggebender Bedeutung.

Die Regulierung des dänischen Wirtschaftslebens während der Krise ist die grosse wirtschaftliche Tat der dänischen Sozialdemokratie. Wie in Schweden galt auch für die regierende dänische Sozialdemokratie als oberstes Wirtschaftsgesetz die Wahrung und Erhöhung der inneren Kaufkraft. Naturgemäss war es Dänemark nicht möglich, eine so grosszügige Arbeitsbeschaffungspolitik wie Schweden zu betreiben, denn der Rohstoffbedarf für eine solche Politik kann nicht in Dänemark selbst gedeckt werden und muss deshalb durch landwirtschaftlichen Export oder durch Anleihen aufgebracht werden. Letzteres war aus naheliegenden Gründen unmöglich, und die Ausdehnung des Agrarexports hat ihre natürlichen Grenzen.

Infolge der Abwertung des englischen Pfundes im Herbst 1931 sank das Nettoeinkommen der dänischen Landwirtschaft innerhalb einem Jahr von zirka 500 Millionen auf zirka 250 Millionen Kronen. Der dänische Import wurde lange nicht im gleichen Ausmass verbilligt, wie es dem Mindererlös aus der Ausfuhr entsprochen hätte. Während damals etwa 60 Prozent des dänischen Exports nach England gingen, machte der englische Anteil an der Gesamteinfuhr Dänemarks nur 15 Prozent aus; Dänemark deckte damals seinen Einfuhrbedarf grösstenteils in Ländern, die ihre Währung nicht abgewertet hatten. Naturgemäss musste die Krone dem Pfund folgen. Sie fiel in Etappen und im Januar 1933 sogar einige Punkte unter das Pfund.

Die Regierung Stauning stand vor einer fast unlösbaren Aufgabe. Sie musste einerseits in der Zeit wirtschaftlicher Autarkie den Auslandmarkt für den dänischen Export sichern und anderseits danach trachten, den Einfuhrbedarf Dänemarks mehr als bisher in England, dem besten Kunden und gleichzeitig billigsten Lieferanten, zu decken. In dieser Lage entschloss sich Dänemark, das System der Valutaregulierung einzuführen. Nur dieses System der Valutazentrale, das nur jenen Ländern den Import nach Dänemark gestattete, die den dänischen landwirtschaftlichen Export aufnahmen, hat Dänemark gerettet. Denn eine exportorientierte Landwirtschaft wie die dänische hätte unmöglich durch Steigerung der Verbrauchspreise allein saniert werden können.

Die Valutazentrale hatte aber noch eine andere, ebenso wichtige Wirkung. Sie brachte für die dänische Industrie einen Schutz, der stärker wirkte als jeder Zoll. Unter dem Schutze der Valutagesetzgebung haben in Dänemark über 80,000 Arbeiter Beschäftigung gefunden. Die Valutazentrale erreichte also ein dreifaches Ziel: 1. Sie regulierte den Import in Uebereinstimmung mit dem Eingang der fremden Valuten. 2. Sie förderte die Be-

schäftigung durch Verhinderung der Einfuhr von Waren, die dem Absatz der dänischen Produktion schaden konnten, und sicherte die Valutamengen für den notwendigen Rohstoffimport. 3. Sie war ein Mittel der Handelspolitik, indem sie den Import von jenen Ländern, die nicht in Dänemark kaufen wollten, umlegte auf die Kunden der dänischen Landwirtschaft.

Bei den unmittelbaren wirtschaftlichen Massnahmen der dänischen Regierung lassen sich unterscheiden: 1. Massnahmen geldpolitischer Art, 2. Massnahmen zur Stützung der Landwirtschaft, 3. sozialpolitische Massnahmen.

Unter den Massnahmen geldpolitischer Art sind neben der Devalvation der Krone der sogenannte Krisenfonds und die Offenmarktpolitik der Nationalbank zu erwähnen. Der Krisenfonds wurde 1933 begründet, um die Liquidität zu erhöhen, die Kreditgewährung zu erleichtern und das Zinsniveau zu senken. Mit seinen Mitteln stützte die Nationalbank den Obligationenmarkt durch Ankauf von Obligationen. Auch sonst griff der Fonds überall ein, wo es nötig war, z. B. mit Darlehen an Banken, Sparkassen u. dgl. Man bemüht sich ausserdem, durch erleichterte Kreditbedingungen den Baumarkt zu stützen. Nach einem Antrag der Kommission für Bevölkerungspolitik wird der Staat vermutlich 25 Jahre lang jährlich 25 Millionen Kronen aufwenden, um jährlich 1000 Wohnungen für Arbeiterfamilien herzustellen.

Interessanter sind die durchgreifenden Massnahmen der dänischen Regierung im Interesse der Landwirtschaft. Bei deren Beurteilung darf man nicht vergessen, dass die dänische Regierung ihre Wirtschaftspolitik der reaktionären Oberhausmehrheit abpressen musste. Bereits im Oktober 1931 gewährte man den Landwirten ein Darlehen in Höhe von 30 Millionen Kronen für Steuern und rückständige Zinsen. Diese Hilfe wurde später fortgesetzt. In grosszügiger Weise wurden zugunsten der Landwirtschaft Stundungs- und Moratoriumsgesetze erlassen. Zur Verringerung und Verbesserung des Viehbestandes wurde eine Fleischordnung aufgestellt.

Die landwirtschaftliche Gesetzgebung der Krisenjahre wird sich zum grossen Teil erst in späterer Zeit auswirken. Ich denke hier in erster Linie an die Gesetze, die eine Umstellung der Produktion und eine Veränderung der landwirtschaftlichen Struktur des Landes überhaupt zum Ziele haben.

Die dänische Regierung ist sich darüber klar geworden, dass der Kornanbau zu fördern ist. Noch vor 50 Jahren konnte Dänemark sich selbst mit Korn versorgen, während es heute einen starken Einfuhrbedarf aufweist. Um den inländischen Getreideanbau zu stützen, wird nun eine Importabgabe erhoben. Desgleichen erhöht die Regierung den Butterpreis, um die Milchwirtschaft zu stützen. Die bäuerlichen Kleinbetriebe, die sogenannten Hausmannwirtschaften, werden durch Darlehen gefördert, denn man möchte den Kleinbesitz möglichst weit ver-

breiten. Gleichzeitig sucht man die Verschuldung der Landwirtschaft zu bekämpfen. Denn die hohe Verschuldung ist das zentrale Problem der dänischen Agrarkrise. Man will die Konvertierung alter Darlehen fördern, Zuschüsse für die Zinsleistung gewähren usw. Im Jahre 1936 stellte die Staatskasse 100 Millionen Kronen für Sanierungsdarlehen zur Verfügung.

Unter den arbeits- und sozialpolitischen Massnahmen der dänischen Regierung sind in erster Linie die weltbekannten grossen Brückenbauten der Jahre 1931/37 zu erwähnen, die noch fortgesetzt werden. Hiefür wurden bisher 80 Millionen Kronen aufgewendet und für Strassenarbeiten in den Jahren 1929/36 280 Millionen. Man hat kommunale Arbeiten finanziert und für die Arbeitslosen erhebliche Beträge zur Errichtung von Gartenkolonien zur Verfügung gestellt. An den industriellen Export und das Handwerk leistete man 70 Millionen Kronen. Seit 1931 hat Dänemark zirka 430 Millionen Kronen für ausserordentliche Arbeiten aufgewendet.

Für immer wird es ein Ruhmestitel der dänischen Arbeiterbewegung sein, dass die dänische Regierung auf dem Höhepunkt der Krise die Sozialreform durchgeführt hat. Mit diesem Gesetz ist Dänemark zum sozialpolitisch fortgeschrittensten Land geworden. Dieses Gesetz war während der Depressionsjahre das starke Symbol der dänischen Arbeiterbewegung, sich auf ihrem Wege zur fortgesetzten Erhöhung des Lebensstandards der breiten Massen nicht beirren zu lassen. Das freie Ermessen ist aus der dänischen Sozialpolitik verschwunden; die Versicherung hat die Fürsorge verdrängt, und für das ganze Land ist eine einheitliche Regelung erfolgt.

Die gegenwärtige Lage Dänemarks ist nicht unproblematisch. Die Zahl der Arbeitslosen hat im vergangenen Jahre um 14,000 auf 107,000 zugenommen. Der Lebenshaltungskostenindex ist 1937 gestiegen und steht gegenwärtig etwa 6 Prozent höher als 1929, während er z. B. in der Schweiz noch 15 Prozent darunter liegt.

Auf keinen Fall ist aber die Situation kritisch, denn einige andere Momente zeigen ein günstiges Gesicht. Die dänische Schiffahrt verzeichnet vorzügliche Ergebnisse. Die Rentabilität der Landwirtschaft ist gestiegen und mit ihr die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung, die anscheinend vor grossen Investitionen steht. Man vermutet, dass in nächster Zeit auf dem Lande viel gebaut werden wird. All dies ist die Folge der produktiven Landwirtschaftspolitik der Regierung und auch der anziehenden Preise für Agrarerzeugnisse. Die Bautätigkeit wird mit Millionenbeträgen gestützt, alte Stadtquartiere werden abgerissen und neu aufgebaut. Die Landwirtschaft, die sich bisher der weitgehenden Unterstützung des Staates erfreuen konnte, wird veranlasst, für billige und gesunde Wohnungen für die Landarbeiter zu sorgen. Damit will man die Flucht der Arbeiter vom

Lande einzudämmen suchen. Ein Gesetz, das für alle Arbeiter bezahlte Ferien sichert, steht vor der Tür.

Am problematischsten ist vielleicht gegenwärtig die Handelspolitik Dänemarks. Die Regierung und auch die Gewerkschaften halten trotz aller Bedenken an der Valutaregelung fest. Sicherlich wirkt diese konsumverteuernd. Trotzdem ist sie zur Zeit noch unentbehrlich. Man begnügt sich mit dem Versuch, sie elastischer zu gestalten. Unglücklicherweise ist die Entwicklung des dänischen Agrarexports an einem Punkte angelangt, an dem die Fortführung des bisherigen Kurses den Stand der dänischen Industrie gefährdet, und damit die Beschäftigungslage. Der zukünftige Kurs steht noch nicht sicher fest. Dänemark ist ein Bauernland, und Stauning, mit seinem feinen politischen Instinkt, will nicht gegen die Bauern regieren. Irgendwann hofft er, mit der Bauernschaft — vermutlich mit der sich allmählich entwickelnden neuen gewerkschaftsähnlichen Wirtschaftsorganisation, die aus der oppositionellen Bauernbewegung entsteht — zu einem Kompromiss zu kommen. Seine Landwirtschaftspolitik, die bewusst das Kleinbauernelement stützt, arbeitet in derselben Richtung.

Auch die dänische Arbeiterbewegung kennt einen ideologischen Kampf. Stauning und mit ihm grosse Teile der Partei befürworten eine Art obligatorisches Schiedsgericht in Arbeitskonflikten. Stauning hat schon mehrmals in Lohnkonflikten eingegriffen (1935 Schlächtereinkonflikt, 1936 Aussperrung; in beiden Fällen griff die Staatsmacht ein, um das planmässige Wirtschaftsleben Dänemarks, besonders seine Lieferungsverpflichtungen, zu sichern). Die Gewerkschaften aber verteidigen ihre Freiheit und lehnen jede Einmischung einer dritten Stelle ab. Sie stehen auf dem Standpunkt, dass es keinen Massstab für die Löhne gibt und dass in der kapitalistischen Wirtschaft, die den Unternehmergewinn unbehindert lässt, auch die Löhne frei geregelt werden müssen. Vermutlich wird in dieser Auseinandersetzung keine endgültige, grundsätzliche Regelung getroffen werden. Man ist in Dänemark zu elastisch und zu realpolitisch eingestellt, um Prinzipien auszukämpfen.

Wirtschafts- und Sozialpolitik in Schweden.

Von Max Weber.

Die grosse Weltwirtschaftskrise hat Schweden in den ersten Jahren stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Zahl der Arbeitslosen stieg gewaltig an. Als im September 1931 England seine Währung abwertete, musste Schweden sofort nachfolgen, da es, ähnlich wie Dänemark, stark angewiesen ist auf den Absatz seiner Produkte in England. Doch mit der Abwertung der Krone war das Ende der Krise noch nicht erreicht. Die damalige bürgerliche Regierung